



TranState Working Papers

DER LEVIATHAN
IN DIESEN ZEITEN

Dieter Senghaas

No. 75

Universität Bremen • University of Bremen
Jacobs Universität Bremen • Jacobs University Bremen
Universität Oldenburg • University of Oldenburg

Staatlichkeit im Wandel • Transformations of the State
Sonderforschungsbereich 597 • Collaborative Research Center 597

Dieter Senghaas

Der Leviathan in diesen Zeiten

TranState Working Papers

No. 75

Sfb597 „Staatlichkeit im Wandel“ – „Transformations of the State“

Bremen, 2008

[ISSN 1861-1176]

Dieter Senghaas
Der Leviathan in diesen Zeiten
(TranState Working Papers, 75)
Bremen: Sfb 597 „Staatlichkeit im Wandel“, 2008
ISSN 1861-1176

Universität Bremen
Sonderforschungsbereich 597 / Collaborative Research Center 597
Staatlichkeit im Wandel / Transformations of the State
Postfach 33 04 40
D - 28334 Bremen
Tel.:+ 49 421 218-8720
Fax:+ 49 421 218-8721
Homepage: <http://www.staatlichkeit.uni-bremen.de>

Der Leviathan in unserer Zeit

ZUSAMMENFASSUNG

Staat und Staatlichkeit, also der Leviathan, präsentieren sich derzeit in sehr unterschiedlichen Ausprägungen, die in ebenso unterschiedlichen sozio-ökonomischen Strukturen eingebettet sind. Der Autor unterscheidet den „zivilisierten Leviathan“ in der OECD-Welt als späte Phase des modernen Staates, von anderen Typen des Staates, die durch bestimmte strukturelle Defizite im Falle der „begrenzten Staatlichkeit“ in der Nicht-OECD-Welt charakterisiert sind. Ein weiterer Fall wird derzeit als so genannter „failing“ oder „failed state“ breit diskutiert. Der Autor diskutiert die Verteilung dieser unterschiedlichen Typen von Staatlichkeit sowie die Bedingungen, unter denen fragile Staatlichkeit im Zeitalter der Globalisierung gestärkt werden kann. Ferner werden die Konsequenzen dieser unterschiedlichen Typen von Staatlichkeit für die sich entwickelnden Strukturen einer Weltpolitik und einer Weltgesellschaft dargestellt.

Der Leviathan in diesen Zeiten

I

Ein freundliches Bild über den Leviathan in diesen Zeiten, also über Staat und Staatlichkeit, vermittelt uns eine historisch und erfahrungswissenschaftlich informierte Diskussion, die sich gelegentlich idealtypisch, gegebenenfalls modellplatonisch zuspitzt und darüber ein „goldenes Zeitalter“ natürlich nicht des hobbesianisch-originären, sondern des *zivilisierten Leviathan* erkennen will. Dann erscheint dieser Leviathan als ein Gebilde, das in einzelnen Gesellschaften wenigstens vier Leistungen zu mobilisieren versucht und leidlich zu garantieren imstande ist: den Schutz vor Gewalt, den Schutz der Freiheit, den Schutz vor Not und den Schutz kultureller Vielfalt. Selbstverständlich ist eine solche Diskussion über die Zivilisierung bzw. die Zivilisiertheit des Leviathan unter den Vorzeichen sozial mobiler und folglich sich politisierender Gesellschaften auch gleichzeitig eine Auseinandersetzung über die Konstitutionsbedingungen von *innerem Frieden* in sich modernisierenden bzw. modernen Gesellschaften.

Dieses Bild eines zivilisierten Leviathan wird neuerdings in einer sich intensivierenden Diskussion über die sogenannte Schutzverantwortung der internationalen Gemeinschaft, die *responsibility to protect*, ergänzt: Diese Gemeinschaft sei immer dort zur Intervention herausgefordert, wo in der Welt der Schutz von Individuen, sozialen Gruppen oder ganzen Gesellschaften in einer oder mehreren der genannten Schutzdimensionen durch staatliches oder staatlich geduldetes, aber auch durch nichtstaatlich, somit von gesellschaftlichen Gruppen inszeniertes Verhalten auf krasse Weise willentlich mißachtet wird, so insbesondere im Fall von Genozid, ethnischen Säuberungen und anderen vergleichbaren Vergehen gegen die Menschlichkeit. Die Herausbildung solcher Schutzverantwortung als *internationaler* Norm hat natürlich den zivilisierten Leviathan zum Richtmaß – dies im Hinblick auf dessen mehrfache Handlungszugzwänge angesichts der postulierten trinitarischen Formel seiner potentiellen Intervention in fernen Räumen: der *responsibility to prevent*, der *responsibility to react* und *responsibility to rebuild*.

Diese Perspektive auf den zivilisierten Leviathan und seine Schutzverantwortung nach innen und nach außen wird nicht in Frage gestellt durch die Auseinandersetzungen über das Ausmaß und die Folgewirkungen der heute vielfach diagnostizierten *Transformation von Staatlichkeit* in jenen Fällen, wo das goldene Zeitalter-Paradigma als einigermassen wirklichkeitsnah unterstellt wird, also im Hinblick auf OECD-Staaten und die dort beobachtbaren Prozesse von sogenannter Denationalisierung oder Entgrenzung. Denn hier konzentrieren sich die programmatischen Debatten vornehmlich auf die Frage, ob trotz Denationalisierung bzw. Entgrenzung die zivilisatorischen Errungenschaf-

ten des zivilisierten Leviathan, also des *golden age nation-state*, durch neue institutionelle Arrangements substituiert, kompensiert oder rekonstituiert werden können. Diese Problematik ist – man denke an den EU-Kontext – einigermaßen luxuriös angesichts der Probleme in der weiten Welt *begrenzter Staatlichkeit*. Wobei begrenzt ein Doppelpes meinen kann: zum einen relativ unproblematisch eine emergente Staatlichkeit, die (wie im ostasiatischen und zum Teil im südostasiatischen Raum beobachtbar) schrittweise die eingangs zitierten Dimensionen staatlicher Schutzverantwortung nachholend aufzubauen imstande ist, indem Staatlichkeit sich ausdifferenziert und überdies institutionell verdichtet; zum anderen ist jene immer schon nur leidlich aufgesetzte, gewissermaßen „dünne“ Staatlichkeit gemeint, die im Laufe der Zeit nicht eine Progression durchläuft, sondern einer Regression in Richtung auf Zerfall unterliegt. Im übrigen sollte man nicht überrascht sein, in diesem Zusammenhang eine breite dritte Fallgruppe zu beobachten, in der weder eine klare Progression in zuvor genannter Richtung noch eine klare Regression in Richtung auf Zerfall zu beobachten ist, sondern Konfigurationen, die ein leidlich stabil-fragiles Mittelfeld kennzeichnen.

Was ist im übrigen das quantitative Verteilungsmuster dieser hier gemäß diverser Diskussionsstränge grob umrissenen Leviathan-Profile? Der leidlich zivilisierte Leviathan des goldenen Zeitalters, der nunmehr, wie unterstellt, infolge von Denationalisierung oder Entgrenzung selbst induzierten Transformationsprozessen ausgesetzt ist, in Kombination mit jenen wenigen Fällen von Progression – den nachholenden, sich konsolidierenden modernen Staatsbildungsprozessen, die wir in der östlichen Hälfte Asiens punktuell beobachten – betrifft ca. 16% der Weltbevölkerung. Etwa 10% der Weltbevölkerung lebt in Gebilden am anderen Ende des Spektrums der Leviathan-Profile, also in zerfallenen bzw. vom Zerfall ernsthaft bedrohten Staaten; dies vornehmlich in Schwarz-Afrika, im transkaukasischen und zentralasiatischen Raum, aber nicht nur hier. Verbleiben 74% der Weltbevölkerung mit einer klaren Teilung in 37 und 37: Derzeit 37% der Weltbevölkerung leben allein in zwei Staaten, nämlich China und Indien – größten- und strukturbedingt Sonderfälle in jedweder Hinsicht. Die anderen verbleibenden 37% der Weltbevölkerung leben in ca. 120 Ländern unter Bedingungen von Staatlichkeit, die sich weder durch klare Progression noch (zumindest derzeit) durch klare Regression kennzeichnen läßt, sondern eben durch das früher zitierte Mittelfeld, das angesichts einer sich aus traditionellen, halbmodernen und modernen Einflußfaktoren aufbauenden Hybridbildung terminologisch schwierig zu fassen ist, außer man greift zu der nur scheinbar einfachsten aller Begrifflichkeiten und spricht in Kurzform vom *peripheren Staat* oder *peripherer Staatlichkeit* – Begriffe, deren substantieller Gehalt jedoch aus wissenschaftlich gut belegten Befunden über strukturelle Heterogenität, d.h. über jeweils vor Ort komplex abgeschichtete ordnungspolitische Parallelwelten resultiert.

II

Die genannten Diskurse beziehen sich auf die Problematik einer Zivilisierung der Leviathane, wie sie sich in ganz unterschiedlichen realhistorischen Kontexten dokumentieren: Es geht um Rettung zivilisatorischer Errungenschaften im Sinne der eingangs genannten Kriterien; es geht um Förderung solcher Errungenschaften; und es geht vor allem auch um die Abwehr von Pathologien, wie sie im Falle der sogenannten *failing* und *failed states* zu beobachten sind, d.h. im Hinblick auf hobbesianische Problemlagen, die einst durch die Hobbes'sche originäre Leviathan-Lösung zuverlässig bewältigt werden sollten.

Aber die „situation hobbesienne“ (R. Aron) besteht natürlich nicht nur hinsichtlich der drohenden Ausscheidungskämpfe *innerhalb* von Gesellschaften, sofern institutionalisierte Modalitäten der kollektiven Konfliktbearbeitung nicht, noch nicht oder nicht mehr bestehen, sondern vor allem im Hinblick auf die Problematik der Koexistenz diverser Leviathane untereinander. Seit Thomas Hobbes' Thematisierung dieser Problematik, des anhaltenden, strukturell bedingten *Sicherheitsdilemmas* zwischen solchen Leviathanen, bis hin zu der politisch einflußreichsten sog. realistischen, heute als neorealistisch bezeichneten Doktrin internationaler Politik gilt ein geschicktes Machtmanagement, aufbauend auf unterschiedlich mobilisierbaren Machtpotentialen, als ein leidlicher Garant auf Zeit hinsichtlich der Eindämmung drohender Ausscheidungskämpfe auf internationaler Ebene. Es liegt nahe, daß es in diesem Zusammenhang immer schon bevorzugte Problembewältigungsstrategien vor allem von seiten der Mächtigen gab: die imperiale, die hegemoniale und die Machtfigur des Mächtegleichgewichts bzw. Mächtekonzernts, wobei in solcher Perspektive für diejenigen, die machtmäßig nicht mithalten können, Neutralität bzw. *non-alignment* konzidiert wird. Selbst im System kollektiver Sicherheit à la Vereinte Nationen, das ja eigentlich genau diese Machtmanagementstrategie überwinden soll, findet sich diese weiterhin in Gestalt der Zusammensetzung und insbesondere im Hinblick auf die Verfügungsmacht des Sicherheitsrates reproduziert. Denn es handelt sich bei diesem Zentralkomitee der VN im Grunde genommen um ein neoabsolutistisches Organ, das grundlegenden rechtsstaatsanalogen Kriterien, die auch einem genuinen System kollektiver Sicherheit zugrunde gelegt werden müßten, nicht entspricht. Konnte Ludwig XIV. sagen: „L'état, c'est moi“ oder „le droit, c'est moi“ oder „la guerre, c'est moi“, so können die maßgeblichen Mitglieder des Sicherheitsrates, also die Veto-Mächte über sich behaupten: „Le droit international, c'est nous!“ – ein durchaus unbefriedigender, im Grunde genommen skandalöser Zustand. Denn die entsprechenden Entscheidungen sind solche *à la carte*, als Ergebnis politischer *bargaining*-Prozesse, nicht also als Ergebnis der Beurteilung von Tatbeständen, die zunächst von unabhängigen Instanzen erhoben sind, um schließlich unter Rechtsgesichtspunkten gesichtet und beurteilt zu werden. Die Egozentrik bzw. Kriegsgeneigtheit der Leviathane

wird in dieser Ausprägung eines Systems kollektiver Sicherheit vielleicht etwas gemildert, aber nicht strukturell überwunden.

Nun läßt sich die Kernproblematik, die auf internationaler Ebene aus dem Sicherheitsdilemma zwischen den Leviathanen resultiert, jedoch am eindrucksvollsten am Beispiel jener vor kurzem zu Ende gekommenen Konstellation eines historisch unvergleichlich zugespitzten Sicherheitsdilemmas, die sich während des Ost-West-Konfliktes aufbaute, veranschaulichen. Man kann an dieser Extremsituation wie im übrigen auch am exakten Gegenbeispiel, der Friedenszone im EU-Europa, wo ein Sicherheitsdilemma zwischen den Mitgliedern nicht mehr existiert, untersuchen, was zu unterlassen bzw. was zu tun ist, um auf internationaler Ebene zu nachhaltiger Koexistenz zu gelangen.

Hier zunächst einige Daten: Das Zerstörungspotential, das die beiden Supermacht-Leviathane in der genannten Zeit mobilisierten, entzieht sich jeglichem rational nachvollziehbaren Kalkül. Allein was die Nuklearrüstung betrifft, so wurden nach 1945 insgesamt von allen Nuklearmächten rund 128.000 nukleare Waffenköpfe gebaut, 55% davon in den USA und 43% in der Sowjetunion bzw. Rußland. Allein das amerikanische nukleare Vernichtungspotential erreichte 1960 mit einer Megatonnage von 20.500 TNT ein Äquivalent von 1,4 Millionen Hiroshima-Bomben. Das gegenwärtige nukleare Potential der USA beläuft sich immer noch auf eine Megatonnage von 2.000 TNT; das ist ein Äquivalent von 140.000 Hiroshima-Bomben. Das russische Potential unterscheidet sich derzeit nicht dramatisch, wobei angesichts des Ausmaßes der Zerstörungspotentiale („*overkill capacities*“!) quantitative Unterschiede ohnehin keinen Unterschied machen. Auch keinen effektiven Unterschied machen in diesem Politikfeld Rüstungskontrollabkommen, die zwar quantitative Reduzierungen vorsehen (oft aber auch Reaktivierungsmöglichkeiten der „eingemotteten“ Potentiale), jedoch Umrüstungs- und qualitativ neue Rüstungsmaßnahmen nicht wirklich unterbinden, sondern stillschweigend oder gar explizit erlauben.

Wie sind diese Sachverhalte, Ergebnis eines „Rasens der Vernunft“ (um den Kantischen Begriff für Paranoia aufzugreifen), zu erklären? Eine Erklärung findet sich bei Clausewitz in einer rein abstrakten Extrapolation seiner bekannten Formel vom Krieg als der Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, wobei Politik à la Clausewitz durch wohlüberlegte begrenzte Zielsetzungen charakterisiert ist, die aus den Imperativen umsichtiger kollektiver Intelligenz resultieren, und überdies der Mitteleinsatz, nüchtern kalkuliert, als ebenfalls begrenzt gedacht war. Die Extremsituation in beider Hinsicht – Entgrenzung der Ziele *und* der Mittel, wie im Ost-West-Konflikt zu beobachten und möglicherweise auch in einer künftigen Konfliktkonstellation wieder zustande kommend – antizipierte Clausewitz hell-sichtig, wenn in einer Briefstelle nachzulesen ist: „Je mehr die Politik von großartigem, das Ganze und sein Dasein umfassendem Interesse ausgeht, je mehr die Frage gegenseitig auf Sein und Nichtsein gestellt ist, um so mehr

fällt Politik und Feindschaft zusammen, um so mehr geht jene in dieser auf, um so einfacher wird der Krieg, um so mehr geht er aus dem bloßen Begriff der Gewalt und Vernichtung hervor, um so mehr entspricht er allen Forderungen, die man aus diesen Begriffen logisch entwickeln kann, um so mehr Zusammenhang einer Notwendigkeit haben alle seine Teile.“

Eine weniger philosophische, aber die Clausewitzsche abstrakte Extrapolation realgeschichtlich konkretisierende Erklärung der zitierten Leviathan-Pathologien jüngsten Datums ergibt sich aus dem simplen Tatbestand, daß der massive Einsatz von Nuklearwaffen gegen einen potentiellen Gegner dann konterproduktiv bzw. sinnlos ist, insofern dieser selbst über unverwundbare nukleare Vergeltungspotentiale („*second strike capability*“) verfügt. Abschreckung mit diesem Typ von Waffen und in solcher Konstellation führt dann zur Selbstabschreckung und folglich nach gängigem Verständnis zu einer Lähmung der Politik. Dieser Problematik versuchen die Macht-Leviathane durch abgestufte, „maßgeschneiderte“ Kriegsführungsoptionen jedweden Intensitätsgrades mit dem Ziel einer erneuten Führbarkeit und Gewinnbarkeit auch des Nuklearkrieges entgegenzuwirken. Durch die Auffächerung der Nuklearpotentiale und eine entsprechende geschickte Inszenierung ihres Einsatzes soll in konkreten Auseinandersetzungen „Eskalationsdominanz“ erreicht werden. Da auf jeder Seite von den schlimmsten Absichten und den sich ständig optimierenden Vernichtungskapazitäten des potentiellen Gegners ausgegangen wird, spitzt sich ein sich lernpathologisch ausdifferenzierendes Sicherheitsdilemma bei beiden Leviathanen zu. Daß sich unter solchen Vorzeichen und angesichts der Größenordnung des institutionellen, personellen und materiellen, aber auch des sozialpsychologisch zu mobilisierenden Aufwandes lobbyistische Interessenfixierungen und Trägheitsmomente mit jeweils eigener Erweiterungsdynamik einstellen, versteht sich gewissermaßen von selbst und ist als empirischer Sachverhalt gut belegt. Wer diesen einst bezweifelte, müßte nach dem Ende der Bipolarität sowie der bipolar strukturierten Rüstungsautismen angesichts entsprechender Entwicklungstrends unter den Vorzeichen von Unipolarität und dem insbesondere in den USA beobachtbaren qualitativen Rüstungswettlauf mit sich selbst, also angesichts eines unipolaren Rüstungsautismus, eigentlich eines Besseren belehrt sein. Wobei derzeit diesbezügliche Aktivitäten auch erneut in Rußland, dem ehemaligen Widerpart der USA, zu beobachten sind – nicht ausschließlich, aber auch eine fatale Folgewirkung einer in den USA unipolar inszenierten Rüstungsdynamik in Richtung auf „*nuclear primacy*“. Daß angesichts dieser Situation andere Mächte, insbesondere natürlich China, aber auch Staaten vom Typ des Iran sich reaktivierenden geopolitischen „Leviathan-Instinkten“ folgen, kann nicht überraschen, zumal wenn die im Nonproliferationsvertrag eingegangenen Selbstverpflichtungen hinsichtlich nuklearer Abrüstung von denjenigen, die die größten Zerstörungspoten-

tiale angehäuft haben, nicht nur nicht eingehalten, sondern durch gegenteiliges Verhalten, nämlich ein akzentuiert qualitatives Rüsten, konterkariert werden.

Sicherlich übersetzte sich die Abschreckungskonstellation zwischen selbstbewußten Supermacht-Leviathanen in eine durch und durch extreme Ausprägung des Sicherheitsdilemmas auf internationaler Ebene. Aber diese extreme Konstellation mit dem sie kennzeichnenden lernpathologischen *worst case*-Denken und nachfolgenden Rüstungsmaßnahmen sowie einer Rüstungsdynamik, die ihrerseits das *worst case*-Denken akzentuiert, erlaubt auch Einblicke in die Konfliktdynamik zwischen den in der Weltpolitik weniger exponierten Leviathanen. Das Sicherheitsdilemma produziert allenthalben, wenngleich in höchst unterschiedlichem Ausmaß, strukturell vergleichbare Problemlagen.

III

Eine weitere Beobachtung ist hier zu ergänzen: Leviathane der Größenordnung der USA (vom exzeptionellen Fall China ganz zu schweigen) sind im Unterschied zu Staaten mittlerer und kleiner Größenordnung, in ihrem Selbst- und Umweltbild allein aufgrund dieser ihrer Größe immer eher selbst- als weltbezogen. Dieser Sachverhalt wird oft übersehen, weil die Transaktionen zur Welt von seiten eines großen Staates für die übrige Welt absolut gewichtig sind, während sie jedoch gleichzeitig für eben diesen Staat von relativ geringem Gewicht sind. So exportieren beispielsweise die USA mit einer Bevölkerung von 300 Mill. Menschen Waren im Wert von 7% ihres Bruttonationalproduktes, das kleine Finnland mit einer Bevölkerung von 5,4 Mill. exportiert knapp 40% seines BSP. Festland-China mit demnächst 1,3 Mrd. Menschen exportiert (nach Kaufkraftparitäten berechnet) etwa in der Größenordnung der USA (8%), das demgegenüber kleine Taiwan mit 22,5 Mill. Menschen etwas mehr als 50% seines BSP.

Und was hinsichtlich der Transaktionen gilt, zeigt sich nicht sehr viel anders im Verteilungsmuster von Aufmerksamkeit, das sich ebenfalls zumindest in fortgeschrittenen sich modernisierenden und in modernen Gesellschaften in einer hyperbolischen Kurve dokumentiert: Je kleiner das Land, um so mehr sind die Antennen ausgefahren, um sich in der weiten Welt z.B. hinsichtlich der erschließbaren Nischen in der Hierarchie internationaler Arbeitsteilung erfolgreich zu plazieren; und umgekehrt: Je größer das Land, um so ausgeprägter ist die parochiale Selbstbezogenheit – eine Befindlichkeit, die fataerweise nicht selten durch ein narzißtisch-selbstbewußtes kollektives Selbstverständnis elite- und massenpsychologisch untermauert wird. Vielleicht hat Cullen Murphy recht, wenn er in seinem Buch *Are We Rome? The Fall of an Empire and the Fate of America* bezogen auf die USA schreibt: „Eine bemerkenswerte Konstante in der amerikanischen Geschichte ist unser Mangel an Aufmerksamkeit gegenüber dem Rest der

Welt – oder, wenn wir aufmerksam sind, unsere Gleichgültigkeit darüber, ob wir die Welt richtig oder falsch einschätzen.“

Eine triftigere Beobachtung, mit der jedoch nicht ein Einzelfall, sondern die Strukturproblematik insgesamt diagnostiziert wird, findet sich in der subtilen Definition von Karl Deutsch, der im Kontext einer sozialkybernetisch motivierten Argumentation mit Blick auf Macht im allgemeinen, aber übertragbar auf Machtstaaten im besonderen formulierte: „By the power of an individual or organization, we then mean the extent to which they can continue successfully to act out their character. Differently put, by power we mean the ability of an individual or an organization to impose extrapolations or projections of their inner structure upon their environment. In simple language, to have power means not to have to give in, and to force the environment or the other person to do so. Power in this narrow sense is the priority of output over intake, the ability to talk instead of listen. In a sense, it is the ability to afford not to learn.“

Macht definiert als Fähigkeit, es sich leisten zu können, nicht zu lernen – was impliziert dies für „Supermacht“, „Hypermacht“, „unipolare Macht“ oder was immer die Begriffe sind? Sollten diese Begriffe auf gesellschaftliche Realität verweisen, dann wäre diese die potentialbedingte Grundlage für eine Akzentuierung solcher problematischen Fähigkeit: für eine Welterkenntnis, die den Imperativen der Innenpolitik folgt, gleichgültig, wie sich die Welt darstellt, und somit auch für eine Zuspitzung der aus solchem Machtpotential resultierenden lernpathologisch bedingten Fehleinschätzungen der Wirklichkeit.

Vor dem Hintergrund der in dieser Definition artikulierten Dialektik von Macht- und Realitätsprüfung wird ggf. auch erklärbar, warum diejenigen, die im 18. und 19. Jahrhundert (gewissermaßen unter den klassischen Clausewitzschen Vorzeichen) Kriege begonnen haben, diese auch in 80% der Fälle gewonnen hatten, während sich im 20. Jahrhundert dieses Verhältnis tendenziell umgekehrt hat. Die militärischen Niederlagen der Groß-Leviathane wie der USA in Vietnam, der Sowjetunion in Afghanistan, erneut sich abzeichnend der USA im Irak, und früher schon von Frankreich in Algerien und anderer Staaten andernorts wie Indien in Sri Lanka dokumentieren die Triftigkeit der von Karl Deutsch diagnostizierten Dialektik, wobei eine in den USA unterstellbare vorzügliche Wissenschaft mit entsprechend mobilisierbaren Regional- und Lokalexpertisen an den Lernbarrieren der Politik und des Massenpublikums bzw. an der willentlichen Inszenierung von Fehlinformation bisher wenig zu ändern imstande war.

Andere Größenordnungen der Leviathane implizieren – neben anderen Faktoren – unterschiedliche Ausprägungen kollektiver Intelligenz. So ist die Außenorientierung der alten Bundesrepublik (bis 1990) wie nunmehr auch des vereinigten Deutschland von einer Größenordnung, die man eher bei einem Kleinstaat wie Finnland erwartet. Sie dokumentiert sich in einem 35%igen statt in einem statistisch eigentlich zu erwartenden

15-18%igen Anteil des Exports am Bruttosozialprodukt sowie in einer in den Eliten, den führenden Medien und auch dem sog. „*attentive public*“ beobachtbaren Weltoffenheit und Bereitschaft zu politischer Integration auf europäischer Ebene und zur Förderung internationaler Organisationen und Regime. Man hat dieses Deutschland, einst insbesondere mit Blick auf die Geschichte der alten Bundesrepublik seit den 1960er Jahren, angesichts seiner durchweg multilateralismus-freundlichen Orientierung als „Zivilmacht“ bzw. den Prototyp von „Handelsstaat“ bezeichnet. An den mit diesen Etiketten assoziierten Merkmalen hat sich auch nach 1990 wenig geändert.

Anders als in einigen der sogenannten „*emerging powers*“ und schon gar im vollen Kontrast zu den sich unipolar gebärdenden USA sind im deutschen Selbstverständnis und in den Außenbeziehungen Deutschlands geopolitische Machtinstinkte nicht am Werke. Dies ganz im Gegensatz beispielsweise zu Rußland, dem prototypischen Machtstaat alter Prägung, einem Leviathan mit durchaus offen artikulierten Aspirationen hinsichtlich geopolitischer Raumgestaltung zu eigenen Gunsten – einer Außenorientierung, die im Innern durch eine Revitalisierung autokratischer Strukturen abgesichert wird. In anderen Fällen der sogenannten BRIC-Gruppe (Brasilien, Rußland, Indien, China) ist Vergleichbares nicht, möglicherweise noch nicht beobachtbar: Die strukturelle Macht Brasiliens, Folge seiner Bevölkerungsgröße und seines Wirtschaftspotentials, schafft ggf. *à la longue* die Grundlage für eine Art von wohlwollender Hegemonie, zumindest im südlichen Südamerika. Eine geopolitische Rivalität zwischen Indien und China ist nicht auszuschließen, aber beide Länder setzen derzeit auf außenwirtschaftliche Dynamik einschließlich des *spill over* entsprechender Aktivitäten für die weitere Modernisierung der jeweiligen Binnenwirtschaft und nicht auf geopolitische Ausgriffe. Allerdings ist von einer erheblichen Unsicherheit solcher Lagebeurteilungen, wenn sie den zeitlichen Rahmen von ein bis zwei Dekaden übersteigen, auszugehen.

Hinsichtlich der Entwicklung einer potentiell neuen weltpolitischen Konstellation bedarf das amerikanisch-chinesische Verhältnis besonderer Aufmerksamkeit: Entwickelt sich zwischen dem geopolitischen Selbstbehauptungswillen einer nach eigener Selbstwahrnehmung unipolaren Macht und einer nach Größe und zumindest derzeitiger Wirtschaftsdynamik „*emerging power*“ *à la* China eine sogenannte „*power transition*“-Problematik, d.h. ein Hegemonialkonflikt, der sich aus geopolitisch motivierten und andersartigen (insbesondere außenwirtschaftlichen bzw. kulturellen) Kollisionen aufbaut? Anders formuliert: Wiederholen sich im 21. Jahrhundert die weltpolitischen Umbrüche, die in der modernen Staatenwelt der Neuzeit mit gewisser Regelmäßigkeit aus dem Aufstieg und Fall großer Mächte und den daraus resultierenden weltpolitischen Konfliktlagen entstanden sind? Auch Japan wird in solcher Konstellation möglicherweise erneut zu einer Machtfigur, die es nach 1945 so nicht sein wollte und auch konnte; die schrittweisen Revisionen des Artikels 9 seiner Verfassung von 1945 samt Aufwer-

tung des eigenen Militärs bereiten in der japanischen Innenpolitik ggf. hierfür den Weg. Sie finden in einem Umfeld statt, in dem in Japan selbst wie in der ostasiatischen bzw. südostasiatischen Region insgesamt eine Revitalisierung von Nationalismen zu beobachten ist.

Von den USA über die „*emerging powers*“ bis hin zu Japan gehört folglich, wenngleich in deutlichen Abstufungen, der sich geopolitisch und geoökonomisch gerierende Machtstaat keineswegs der Vergangenheit an. Kollisionen sind auf dieser Ebene ebenso vorstellbar wie, falls kluge Politik obsiegt, eine Art Konzert der Mächte samt friedlicher Koexistenz als *modus vivendi*.

IV

Das EU-Europa – keine *emerging power* – wird in diesem Zusammenhang eine moderate Rolle spielen, die eher einer potentiellen Mächte-Kollision entgegenwirkt bzw. die Konzertierung der Mächte fördert. Es gibt hierfür einen naheliegenden, zugleich banalen Grund: Die 27 EU-Staaten können sich allermeist auf eine gemeinsame Außenstrategie nicht einigen, schon gar nicht auf eine konsensuale Strategie mit Großmachtaspirationen einschließlich der dafür erforderlichen materiellen, organisatorischen und personellen Kapazitäten: Für eine solche Strategie liegt weder der Wille vor, noch bestehen diesbezügliche gemeinsame Interessen. Nur Frankreich und England sind immer wieder geneigt, eine Art von Mini-Geopolitik im eigenen Interesse zu inszenieren.

Die Erinnerungen an die verheerenden Folgewirkungen von Weltmachtspolitik im Europa des 20. Jahrhunderts und der Wille der Väter des Europagedankens und der europäischen Politik, einer drohenden Wiederholung solcher Erfahrung von vornherein politisch-programmatisch und insbesondere institutionell entgegenzuwirken, haben nachhaltig dazu beigetragen, daß der moderne Machtstaat alteuropäischer Prägung diskreditiert bleibt. Der Erfolg dieser Politik dokumentiert sich in der Tatsache, daß Europa der einzige Raum in dieser Welt ist, in dem, was die inneren Beziehungen aller Beteiligten angeht, keinerlei Sicherheitsdilemma mehr existiert. Das ist ein *Novum* in der Geschichte des modernen Staates. Es kommt hinzu, daß zumindest die Kernstaaten der europäischen Vereinigung (also das frühere EWG-Europa, ergänzt durch die damaligen EFTA-Staaten) in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg einen Modernisierungsschub durchlaufen haben, der bei allen Beteiligten zu hochproduktiven ökonomischen Profilen führte – Grundlage einer sich symmetrisierenden Interdependenz zwischen Ländern jeglicher Größenordnung, was eine Öffnung der Märkte (Freihandel) bei deren sukzessiver Integration in Richtung auf einen gemeinsamen Binnenmarkt ermöglichte. Auch diese spezifische Hintergrundbedingung für Integration – der Übergang von komplementärer, interindustrieller zu umfassender substitutiver, intraindustrieller Arbeitsteilung – findet sich in keinem anderen Regionalkontext der Welt, wo in aller Regel angesichts asym-

metrischer Interdependenzen und des daraus resultierenden drohenden Verdrängungswettbewerbs der weiter entwickelten gegenüber den weniger entwickelten Ländern Integrationsfortschritte allein schon im ökonomischen Bereich blockiert werden, von politischer Integration ganz zu schweigen.

Es ist die politische, insbesondere institutionelle Integration, die im EU-Kontext die Debatten über die Metamorphose bzw. Transformation des Staates provoziert, wobei in aller Regel Demokratie- und Legitimationsdefizite diagnostiziert werden, nicht jedoch bezeichnenderweise eine mangelnde Staatsbildung auf europäischer Ebene mit dem Ziel, eine geopolitisch und geoökonomisch motivierte Weltmachtspolitik à la „EU-Superstaat“ betreiben zu können. Die anhaltende Auseinandersetzung über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) dokumentiert ungeachtet aller programmatischen Äußerungen und einzelner quasi-kollektiver Maßnahmen die Schwierigkeiten innerhalb der EU, zu einer Art von nachhaltiger Konzertierung zu gelangen, geschweige denn die Europäische Union als internationalen kollektiven Akteur dauerhaft und kohärent erfolgreich zu inszenieren. Während in der vergemeinschafteten Außenwirtschaftspolitik die EU als kollektiver Akteur fungiert, ist im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik nur das zustande gekommen, was neuerdings als „Brüsselisierung“ bezeichnet wird. Gemeint sind damit die positiven Sozialisationseffekte, die die Brüsseler politische Szene auch in diesem Politikfeld auf die diversen Repräsentanten der EU-Mitgliedsländer hat, also auf Politiker, Beamte, Parlamentarier, Journalisten, Lobbyisten u.a. Die Folge dieser Effekte, die auch in anderen nichtvergemeinschafteten Politikbereichen zu beobachten sind, besteht nun darin, daß die EU bisher (und auf absehbare Zeit) keine Außenpolitik betreibt und zu betreiben imstande ist, die sich an traditionellen, insbesondere militärgestützten Machtkategorien ausrichtet. Ihre Politik wird in diesem Bereich durch Handlungen gekennzeichnet, die man mit denjenigen einer Zivilmacht assoziiert.

Daß Demokratien keine Kriege untereinander führen, ist zumindest für die vergangenen Jahrzehnte und insbesondere für den EU-Raum sicher richtig. Aber dieser Sachverhalt steht nicht für sich, sondern findet seine Bedeutung nur im Kontext der vorgenannten, also einer sich durch diverse Rückkopplungen aufbauenden ordnungspolitischen Konfiguration, die die unterschiedlichsten Begriffsbildungen provoziert hat: Mehrebenensystem (*multi-level governance*), *regional governance* oder einfach: Ergänzung der Staatenwelt (bei deren gleichzeitiger Relativierung) durch eine sich entwickelnde, nationale Grenzen übergreifende Wirtschafts-, Gesellschafts- und Kulturwelt. Hier liegt ein ordnungspolitisches Arrangement vor, das nur ca. 9% der Weltbevölkerung umfaßt und das als dichte postnationale Konstellation einen Bruch mit den für Europas Vergangenheit typischen Ausprägungen kriegsgeneigter moderner Staatlichkeit bedeutet. Sachlich korrekt, wenngleich terminologisch mißverständlich, läßt sich diese Konstellation auch

als „postmodern“ kennzeichnen. Aus ihr erwächst auch ein tendenziell ziviler Umgang mit Staaten jenseits des eigenen Clubs, auch mit solchen, die nicht rechtsstaatlich-demokratischen Ansprüchen genügen.

V

Nicht nur die tatsächlichen, die emergenten oder auch die Mächtegern-Machtstaaten der Welt bilden eine Kontrastfolie zur europäischen Friedenszone, sondern jene Räume in der Welt, in denen, wie oben erwähnt, eine dünne, im Grunde genommen auf überkommene Strukturen aufgesetzte Staatlichkeit in der Tendenz zusammenbricht bzw. eine hobbesianische Situation im originären Sinne des Begriffes vorliegt. Hier hat sich eine Problemlage dramatisch zugespitzt, die im Grunde genommen, wenn man von China und Indien absieht, latent auch in den *peripheren Staaten* mit einem oben schon erwähnten Weltbevölkerungsanteil von ca. 37% zu beobachten ist. Das Grundproblem dieser staatlichen Gebilde begrenzter Staatlichkeit besteht darin, daß all das, was derzeit im Hinblick auf EU-Europa bzw. die OECD-Welt insgesamt vornehmlich diskutiert wird, abwegig ist: nämlich die These von den Folgewirkungen einer Denationalisierung bzw. Entgrenzung von einst mehr oder weniger konsolidierter Staatlichkeit, weil diese Staaten außerhalb der OECD-Welt immer schon unter den extrem restriktiven Rahmenbedingungen extern induzierter und/oder selbst gewollter entgrenzter politischer, gesellschaftlicher, ökonomischer und kultureller Strukturen sich zu reproduzieren hatten. Das ist ein Sachverhalt, dessen Grundlage in den Folgewirkungen von Kolonialismus, Imperialismus und Neokolonialismus, aber auch von Selbstkolonisierung im Kontext einer von Kompradorenbourgeoisien für gewinnträchtig gehaltenen, freihändlerisch ausgerichteten ungleichen internationalen Arbeitsteilung – wie insbesondere am lateinamerikanischen Beispiel seit dem 19. Jahrhundert beobachtbar – seine Ursache hat. Gerade das letztgenannte Beispiel, Lateinamerika, dokumentiert paradigmatisch, welche langfristig problematischen Auswirkungen das Bündnis von Agrar- bzw. Bergbauoligarchie und Handelskapital hatte, weil durch diese Interessenkonstellation samt ihrer externen Absicherung durch imperiale Mächte ein auf eigenständige Entwicklung ausgerichteter starker Entwicklungsstaat und dessen emergente Interessenbasis verhindert wurden. Denn langfristig hat sich unter diesen Bedingungen die Verfügung über reichhaltige exportfähige agrarische und mineralische Güter in aller Regel als ein Fluch herausgestellt („*the curse of plenty*“), weil durch die Konzentration auf deren Export der Exklavencharakter der Ökonomien verfestigt wurde und ein auf Patronage und Klientelismus ausgerichteter korruptionsanfälliger Rentenkapitalismus entstanden ist. Wo in Reaktion auf Weltwirtschaftskrisen in den größeren peripheren Ländern Industrialisierungsschübe (wie u.a. in Brasilien) im Sinne von Importsubstitutions-Industrialisierung zustande kamen, fanden diese in der überkommenen Ordnung statt und akzentuierten in aller Re-

gel die innere Zerklüftung dieser Länder: Statt zu einer breitenwirksamen tendenziellen Homogenisierung beizutragen, vertiefte sich die strukturelle Heterogenität als Folge einer relativen Aufwärtsmobilität derjenigen, die in der formellen Ökonomie integriert sind, bei gleichzeitiger dramatischen Ausweitung des informellen Sektors sowie der Herausbildung eines marginalen Pols – Fehlentwicklungen, die sich in der Regel unter den Vorzeichen eines akzentuierten Wirtschaftswachstums noch einmal zuspitzen.

Verantwortlich für diese Zerklüftungsdynamik sind neben den Eliten vor Ort – den Zentren der Peripherien – auch maßgebliche internationale Organisationen wie Weltwährungsfonds und Weltbank samt der tonangebenden Repräsentanten der OECD-Welt, der Zentren. Als handle es sich um emergente hochindustrialisierte Länder, wurden den Entwicklungsländern wirtschafts- und außenwirtschaftspolitische Rezepturen angedient und in nicht wenigen Fällen regelrecht aufgeötigt, die bei einigermaßen vergleichbarem Produktivitätsniveau (und nur dann!) für hochindustrialisierte Länder gelegentlich und auf Zeit leidlich sinnvoll sind: Marktöffnung um der Marktöffnung willen, die Orientierung an weltwirtschaftlich ausgerichteten, aber nicht notwendigerweise national-ökonomisch zielführenden komparativen Kosten- und Vorteilskalkülen, Abbau von Staatlichkeit, um dem freien Spiel der ökonomischen Kräfte neuen Raum zu geben. Dies sind jedoch Leitperspektiven, die einst schon in der frühen Entwicklungsgeschichte Europas, seiner Kernländer *und* den Peripherien innerhalb Europas, abwegig waren, weil sie, wie auch neuerdings das ostasiatische Beispiel positiv dokumentiert, zentralen Entwicklungsimperativen zuwiderlaufen, nämlich dem Imperativ

- daß ohne eine vorgängige und die Industrialisierung begleitende Produktivkraftentfaltung im landwirtschaftlichen Sektor eine gedeihliche Entwicklung nicht zu erwarten ist;
- daß Industrialisierung landwirtschaftsnah zu beginnen hat, ehe der Schritt in die große Industrie getan wird;
- daß es auf die Erschließung von Massenmärkten, die sich zunächst durch einfache Güter auszeichnen, ankommt;
- daß eine mäßige Ungleichheit in der Verteilung von Grund und Boden und bei den Einkommen einen positiven entwicklungsstrategischen Stellenwert besitzt, um Binnenmärkte zu erschließen;
- daß die Mobilisierung von Kompetenzen durch ein vielgliedriges Erziehungssystem geeignet ist, fehlende natürliche Ressourcen zu kompensieren und die Grundlage für Innovation zu legen;
- daß es darauf ankommt, angemessene Technologien zu schaffen und fremde Technologien an eigene Bedürfnisse anzupassen;

- daß ein solcher Entwicklungsweg der außenwirtschaftlichen Absicherung bedarf, um ihn binnenwirtschaftlich zu fördern und gegen nachteilige Einflüsse abzusichern;
- daß zu viel Schutz innovationshemmend wirkt und zu wenig Schutz Eigenanstrengungen entmutigt;
- daß es auf die Selektivität von Förderungs- und Schutzmaßnahmen ankommt;
- daß eine sozial mobil werdende Gesellschaft im Übergang von traditionaler zu sich modernisierender Gesellschaft erweiterter Möglichkeiten für politische Beteiligung bedarf.

Im Hinblick auf eine erfolgreiche nachholende Entwicklung ist nicht die Orientierung an einem *kosmopolitischen* Wohlfahrtsgewinn entscheidend, wie in den weltwirtschaftlich ausgerichteten Kalkülen komparativer Vorteile unterstellt, sondern die Ausrichtung an der „Produktion produktiver Kräfte“ (F. List). Eine solche kommt nach aller Erfahrung nicht zustande, wenn Entwicklungspolitik sich an einer Rezeptur orientiert, die die Wirtschaftsdynamik der die Weltwirtschaft bestimmenden fortgeschrittenen OECD-Zentren reflektiert, während gleichzeitig die spezifischen gesellschaftlichen und ökonomischen, einschließlich der daraus resultierenden politischen Bedingungen der Entwicklungsländer ignoriert werden. Nicht die richtigen Weltmarktpreise, sondern falsche Preise auf Zeit sind für nachholende Entwicklung förderlich; nicht vollkommene Märkte, sondern unvollkommene auf Zeit sind hierfür hilfreich. Eine wirtschaftsgeschichtlich fundierte Volkswirtschaftslehre (Nationalökonomie) wußte dies einmal; eine auf hochindustrialisierte Länder ausgerichtete Wirtschaftswissenschaft hat diesen Sachverhalt schlichtweg verdrängt. Dieser Vorgang ist nachvollziehbar, wenn man bedenkt, daß diese Länder bei einem Anteil von ca. 15% an der Weltbevölkerung etwa drei Viertel des Welt-BSP erwirtschaften (nach Kaufkraftparität berechnet immerhin ca. 55%). Wenngleich erklärbar ist diese Art von Amnesie nicht entschuldbar.

Da nun die soziale Mobilisierung auch in Ländern begrenzter Staatlichkeit fortschreitet: also die Entbäuerlichung (diese mehr infolge von Landflucht und nicht von Produktivitätssteigerung im primären Sektor), die Urbanisierung, auch vielfach die Alphabetisierung und vor allem eine sich vermittels neuer Medien ausweitende Möglichkeit, im letzten Winkel der Welt andernorts übliche Lebensstile kennenzulernen, wird auch die Politisierung dieser Gesellschaften fortschreiten, einschließlich die Ethnopolitisierung von Politik mit der schon seit vielen Jahren beobachtbaren Folge eines sich akzentuierenden „*clash within*“.

Natürlich gibt es angesichts der großen Zahl von Entwicklungsländern eine bemerkenswerte Variationsbreite der hier dargelegten Symptome von Fehlentwicklung – gewissermaßen im Spektrum von ganz wenigen reichen Ölstaaten (im Unterschied zu den meisten Staaten dieses Typs!), die einen sich relativ breitenwirksam auswirkenden Mo-

dernisierungsprozeß durchlaufen bis hin zur Exklavenwirtschaft einfachster Prägung. Jedoch war der im obengenannten Sinne zielgerichtete Entwicklungsstaat (*development state*) in den vergangenen beiden Jahrzehnten eher auf dem Rückzug; die daraus resultierenden fatalen Folgen haben insbesondere internationale Organisationen, neuerdings sogar die Weltbank im *Weltentwicklungsbericht 2006*, eindrucksvoll dokumentiert.

VI

Anders als der reißerische Buchtitel *The World is Flat* (Jeremy L. Friedman) insinuiert: Die Welt ist nicht flach, sondern durch eine extrem hierarchisierte zerklüftete Struktur charakterisiert. Letztere läßt sich immer noch am besten durch ein ausdifferenziertes *Zentrum-Peripherie-Paradigma* erfassen, in dem im Hinblick auf internationale Arbeitsteilung unter symmetrischen bzw. asymmetrischen Bedingungen die unterschiedlichen ökonomischen Rollenprofile samt ihrer Implikation für Gesellschaft und Staatlichkeit analytisch festgehalten werden. Dieses Paradigma kennt Zentren, Subzentren, Semi-Peripherien, Peripherien und Sub-Peripherien. Die Zentren (heute die Länder der OECD-Welt, insbesondere die EU-Staaten) sind unvergleichlich hoch miteinander vernetzt und bilden aus diesem Grund und angesichts ihres quantitativen Gewichts das Gravitationszentrum der Welt. Dieses strahlt auf Subzentren bzw. auf außerhalb der OECD-Welt liegende globalisierte Orte mit dem Effekt aus, daß sich hier (wie beispielsweise in Mexiko-City, Bangalore, Singapur, Shanghai und anderen Plätzen) mit gewissen Abstrichen Aktivitäten und Lebensstile entwickeln, die bisher in den globalen Orten wie Tokio, London, New York, dem Pariser Becken oder der „Europäischen Banane“ zu beobachten waren. Unterhalb dieses Clusters – einer begrenzten, tendenziell „flachen *Teilwelt*“ – zeigt sich jedoch weiterhin im Maße der Entfernung dieser Gesellschaften von den Zentren des Gravitationszentrums die in Zentrum-Peripherie-Modellen immer schon diagnostizierte Struktur zunehmender Fragmentierung von Semi-Peripherien zu Peripherien und Sub-Peripherien. Die sogenannte Globalisierung hat die in der überkommenen neuzeitlichen Weltordnung entstandene und sich ausprägende Zentrum-Peripherie-Struktur durch Dynamisierung von Agglomerations- und von Fragmentierungsprozessen noch einmal akzentuiert. Dabei sehen die Verfechter einer weitergehenden Globalisierung nur die Gewinnchancen der in diesem Prozeß auch beobachtbaren aufwärtsmobilen Gesellschaften und Sozialschichten, nicht jedoch die aus der Gesamtdynamik ebenfalls und vielerorts besonders markant resultierende Abwärtsmobilität, wie sie sich in Prozessen gesellschaftlicher Verwerfung und Marginalisierung, aber auch in dadurch provoziertem Protestverhalten einschließlich politischer Gewalt dokumentiert.

Die Dialektik von Agglomeration und Fragmentierung, von Aufwärts- und Abwärtsmobilität, von Inklusion und Exklusion prägt inzwischen nicht nur die Makro-

struktur der Welt, sondern in der Tendenz alle Gesellschaften dieser Welt: Extrem betroffen sind – wie immer schon – die Semiperipherien, Peripherien und Subperipherien, seit dem neuerlichen dramatischen Wachstumsschub auch China und Indien, die allein schon aufgrund ihrer Größe von abgeschichteten Strukturen weltwirtschaftlichen Ausmaßes geprägt werden. Noch abgedeckt betroffen sind die meisten Gesellschaften des Gravitationszentrums. Sollte Globalisierung jedoch im Maße der Dynamik der vergangenen Jahrzehnte voranschreiten, dann wird sich die genannte Dialektik auch in den Zentren über das bisherige Maß hinaus unerbittlich auswirken: einmal als Folge einer sich weltweit auswirkenden Logik kapitalistischer Akkumulation, die anders als in der Vergangenheit für die Zentren nicht mehr nur uneingeschränkt gewinnträchtig ist, sondern erhebliche gesellschaftspolitische Probleme mit sich bringt; zum anderen, wenngleich nicht ausschließlich damit zusammenhängend, als Folge von Migration.

Diese Dialektik wird auch Deutschland gerade aufgrund seiner außenwirtschaftlich exponierten, diesbezüglich exzentrischen Position nicht verschonen. Im Gegenteil. Denn neben dem eigenen Leistungsprofil bei Spitzenprodukten (Kraftfahrzeuge, Maschinen, chemische Enderzeugnisse, Elektronik, chemische Vorerzeugnisse, Elektrotechnik, Mechatronik = zwei Drittel des Exports) setzt der extreme weltwirtschaftliche Erfolg der Ökonomie dieses Landes eine uneingeschränkt freihändlerische Orientierung voraus. Diese impliziert jedoch einen dann nicht abwehrbaren Verdrängungswettbewerb von seiten erfolgreicher Schwellenländer bei der Produktion und Vermarktung zunächst von nicht dauerhaften Konsumgütern, später von Gütern höheren Verarbeitungsgrades, was zu sich ausweitender *struktureller* Arbeitslosigkeit und Marginalisierung führt, sollte sich dieser Staat nicht als ein Entwicklungsstaat neuer Ausrichtung begreifen, d.h. als ein Staat, der anders als periphere Staaten nicht nachholende Entwicklung zum Problem hat, sondern eine qualitative Weiterentwicklung zur Abwehr von weltwirtschaftlich induzierter innerwirtschaftlicher und in der Folge innergesellschaftlicher Regression. Die Dynamik in Richtung auf die Herausbildung eines marginalen Pols in Gesellschaft und Ökonomie ist jedoch keine andere, als sie einst in der weitsichtigen lateinamerikanischen *dependencia*-Diskussion diagnostiziert wurde, nur daß nunmehr in der Folge eines „*dependency reversal*“ die Zentren durch jene Schwellenländer herausgefordert werden, die sich ein sukzessives *upgrading* ihrer Wirtschaftsprofile erarbeiten und folglich auf der Stufenleiter internationaler Arbeitsteilung nach oben klettern.

Für die klassischen Zentren der Weltwirtschaft wie Deutschland sind im übrigen einige zentrale Lehren der Entwicklungsgeschichte weiterhin von Relevanz, so die intensive Förderung von immateriellem oder Humankapital sowie von Infrastruktur; ebenfalls die Maßnahmen, die gezielt einer Zerklüftung der Gesellschaft in den Dimensionen Einkommen, Bildung, Schicht- und ethnische Zugehörigkeit entgegenwirken. Ohne solche Maßnahmen wird sich auch in den Zentren strukturelle Heterogenität entwickeln

– mit der Folge einer strukturellen Verflüchtigung der relativ homogenen Profile, wie sie für die OECD-Länder nach 1960 einigermaßen repräsentativ waren, und der Herausbildung einer Art von „nachholender Peripherisierung“ mit dem Ergebnis von wenigen Wachstumsclustern in einem sich ausweitenden abgeschichteten Umfeld von Marginalität, in dem Menschen im arbeitsfähigen Alter weder als Produzenten noch als Konsumenten wirklich zählen. Die Abwehr solcher gesellschaftspolitisch verhängnisvollen Marginalität samt ihrer demokratiepolitischen Implikationen – Verlust der Legitimität des demokratischen Rechtsstaates – gehört zu den großen Herausforderungen, denen sich die Zentren gegenübersehen.

VII

Welche Weltordnung, wenn schon die Aussicht auf einen Welt-Leviathan bzw. eine Weltstaatsbildung unwahrscheinlich und auch nicht wünschenswert ist, ist angesichts der genannten Struktur der Welt, der Gleichzeitigkeit von dramatisch ausgeprägten Ungleichzeitigkeiten, zu erwarten? In allen sog. Teilordnungen der Weltpolitik, die sich vermittelt internationaler Organisationen, internationaler Regime, von Konventionen und völkerrechtlich verbindlichen Verträgen herausgebildet haben, so in den Bereichen internationale Finanzmärkte, Welthandel, Arbeits- und Sozialstandards, Umwelt, Gesundheit, Rüstungskontrolle, Kommunikation und Information, Entwicklungspolitik, Menschenrechte u.a., reproduziert sich in der Tendenz die vorgenannte Weltstruktur, obgleich alle Bemühungen in den genannten Teilordnungen darauf gerichtet sein sollten, den aus dieser Struktur resultierenden Verwerfungen entgegenzuwirken. An diesbezüglichen programmatischen Überlegungen besteht kein Mangel: Ob weltordnungspolitisch weitreichend oder auf tagespolitisch unmittelbar übersetzbare Ziele ausgerichtet bewegen sich solche Programmatiken über eine „*good global governance*“ zwischen den Fixpunkten von Kosmopolitismus und den daraus abzuleitenden Imperativen eines Weltinnenrechts bzw. Weltrechtes an Stelle des staatslastigen Völkerrechts herkömmlicher Prägung einerseits und andererseits eher kurzfristig-pragmatischen Vorstellungen über eine Abfederung bzw. Mäßigung der herkömmlichen Ansprüche, die aus staatlicher Souveränität resultieren. Im Mittelfeld dazwischen sind dann jene Programmatiken angesiedelt, die allermeist räumlich und funktional begrenzte Ausschnitte aus der Weltwirklichkeit sachlich korrekt beobachten (z.B. typische Modalitäten des Regierens im EU-System; WTO-Spezifika wie die dortige Schiedsgerichtsbarkeit; Tendenzen der Verrechtlichung auf transnationaler Ebene wie im Falle der *lex mercatoria* bzw. *lex sportiva* usf.), dann allerdings oft leichthin auf andere *issue areas* oder gar die Welt insgesamt extrapolieren. Die Entkontextuierung solcher erfahrungswissenschaftlichen Befunde ist geradezu symptomatisch für die meist normativ wohlmeinenden weltordnungspolitische Argumentationen dieses Typs.

Wie in den Teilordnungen selbst, so finden sich auch in solchen Debatten und handfesten politischen Auseinandersetzungen die diversen Leviathan-Profile der Welt profilletreu. Auch in allen emergenten Teilordnungen, in denen vor allem die globalen Überlebensproblematiken verhandelt werden (Klima, Biodiversität u.a.), ist Vergleichbares zu beobachten. Bleibt zu hoffen, daß als Folge solcher Debatten und konkreter Auseinandersetzungen auf der Weltbühne eine *globale Weltordnungspolitik*, die den Namen wirklich verdient, eher befördert als konterkariert wird – kurzfristig betrachtet sicherlich eine Wunschvorstellung.

Soll eine auf Fairneß und Ausgleich ausgerichtete weitsichtige und kluge Weltordnungspolitik der fatalen Dialektik von Globalisierung und Fragmentierung entgegenwirken, muß sie zuallererst mit dem Ziel einer tiefgreifenden Selbstkorrektur jene Programmatiken und Aktivitäten ad acta legen, die in Verkennung der real existierenden Struktur der Welt die Zerklüftungen in der Welt nicht überwinden, sondern vertiefen. Sie muß durch entsprechende Aktivitäten die Grundlagen für die Herausbildung solider Staatlichkeit fördern (institutionelles *capacity building*), weil ohne einen derartigen Unterbau jeweils vor Ort internationale Vereinbarungen und Regime weder mit Anspruch auf Legitimität ausgehandelt werden können noch überhaupt die von ihnen avisierten Folgewirkungen zeitigen können. In unterschiedlichen Teilen der Welt ist somit nicht weniger Staatlichkeit, sondern immer noch, unter gegebenen Bedingungen sogar in verstärktem Maße ein in unterschiedlichen Kontexten je besonders zu aktivierender Entwicklungsstaat erforderlich. Nur wenn dieser seine jeweiligen Aufgaben vor Ort leidlich löst, besteht auch die Chance für eine auf Kooperation und nicht auf Chaotisierung bzw. Fundamentalkonflikte ausgerichtete nachhaltige Weltordnung. Die politischen Herausforderungen sind immens, wenn man die zu Beginn zitierten Verteilungsmuster der heute beobachtbaren Ausprägungen von Staatlichkeit nicht leichthin übersieht.

BIOGRAPHISCHE ANMERKUNG

Dieter Senghaas ist seit 2006 Senior Fellow am Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS), Universität Bremen.

Telefon: +49 218-2281/Frau Menge: -3749

Fax: +49 421 218-7248

E-Mail: tmenge@iniis.uni-bremen.de

Anschrift: Universität Bremen, Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS), Linzer Strasse 4, D 28359 Bremen